

In vielen Passagen der Interviews läßt Castro mehr implizit als ausdrücklich erkennen, daß seine christliche Erziehung in Elternhaus und Schule Spuren in seinem Welt- und Menschenbild hinterlassen hat. In seiner Widmung für Frei Betto schreibt der kubanische Staatschef: „Noch hat er es nicht erreicht, aber wenn mich einer zum Glauben bringt, dann ist es Frei Betto.“

Revolution ohne Religionsfreiheit nicht vollkommen

Nimmt man die zahlreichen Äußerungen Castros über sein politisches Leben, sein Verhältnis zur „Revolution“ hinzu, kann man zu dem Schluß gelangen, daß Fidel Castro eine Art gläubiger Revolutionär ist, wie sie unter Politikern seines Ranges vermutlich selten sind. Die Werte und Prinzipien der Revolution, wie er sie beschreibt, ähneln dem Dekalog, an einer Stelle zählt er sogar christliche Gebote als Kernsätze der Revolution auf (S. 258). Castro plädiert für den Menschen, gegen Dogmatismus, Manipulation und Sektiererei. Er gibt zu, daß die Revolution ein noch nicht vollendetes „Kunstwerk“ sei (S. 280). Der Staatsatheismus in Kuba sei keine „Religion“, sondern historische Notwendigkeit zur Sicherung der Revolution gegen konterrevolutionäre Elemente gewesen. Mit Nachdruck versichert Castro, die kubanische Revolution könne eben wegen ihres rigorosen „wenn auch damals gerechtfertigten“ Vorgehens gegen die Kirche kein Modell für Lateinamerika sein. Er hoffe auf eine strategische Allianz mit einer sozial engagierten Kirche. Langsam wird man in Kuba dahinterkommen, meint Castro, daß der christliche Glaube nicht schon an sich als ideologische Abweichung geahndet wird. Zum obligatorischen Atheismus als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei Kubas sagt Fidel Castro: „Unsere Revolution ist nicht vollkommen, solange einzelne aus religiösen Gründen diskriminiert werden, obwohl sie ihre sozialen Pflichten genauso gut erfüllen wie andere Mitbürger“ (S. 247). Frei Betto irri-

tierte den Parteichef darauf mit der Frage: „Das heißt also, daß der konfessionelle Charakter der Partei aufgegeben werden muß?“ Man brauche Zeit, antwortete Castro, die Frage in der Partei zu diskutieren. Bei der ersten Sitzungsperiode des dritten Parteikongresses im Februar ist in dieser Frage nichts geschehen. Der Kongreß tritt im Spätherbst erneut zusammen.

Das Problematischste an dem wortreichen Buch ist das, was unausgesprochen bleibt. Das Regime hat in den 26 Jahren seiner Herrschaft neben unzweifelhaften sozialen Errungenschaften die Bevölkerung, nicht nur die kleine Gruppe praktizierender Christen, in einen in vieler Hinsicht *reduzierten Lebensraum* gepreßt. In einen rigorosen Arbeitsrhythmus gezwungen, von einem Kontroll- und Spitzelsystem umgeben, ist der Kubaner von Staat und Partei in einem Ausmaß in Anspruch genommen, das auch die sprichwörtliche karibische Lebensfreude spürbar strapaziert. Fragen nach den Menschenrechten, den politischen Gefangenen in Kuba, finden sich in dem Interview-Band, der im Staatsverlag erschienen ist, nicht! Es gehöre zu den ethischen Grundsätzen der Revolution, daß in Kuba niemand gefoltert werde, und es sei auch in keinem Fall geschehen, sagt Castro. Gefängnisstrafen ja, Folter nein. Daß in Kuba nicht systematisch gefoltert wird, trifft vermutlich zu. Menschenquälerei, wie es sie in allen totalitären Regimen gibt, ist damit nicht ausgeschlossen. Die Angaben über die Zahl der *politischen Häftlinge* gehen auseinander; fest steht, es sind viele, vermutlich mehr als zehntausend, und sie verbüßen meist langjährige Haftstrafen.

Für die katholische Kirche war es ein Vierteljahrhundert mühsamen Ausharrens in einem gesellschaftlichen Klima, das das ohnehin flach wurzelnde geistlich-religiöse Leben auszutrocknen versuchte. Daß die kubanische Kirche von Rom gestützt Schritte auf das Regime zu wagt, das seinerseits – aus welchen Motiven auch immer – eine gewisse Annäherung an sie sucht, ist ein Fortschritt in dieser Region.

Gabriele Burchardt

Eine Mischung aus Gewehren und Rosenkränzen

Der Umbruch auf den Philippinen

Die Auswirkungen des politischen Umbruchs auf den Philippinen, der Ablösung des Marcos-Regimes, die zur Übernahme der Regierung durch die Opposition geführt haben, sind noch nicht zu überblicken. Wir beschränken uns hier auf die Darstellung der wesentlichen politischen Ereignisse, die zum Umbruch geführt haben, und auf die Situation, wie sie unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch Corazon Aquino sich darstellt. Einen Bericht über die Kirche auf den Philippinen, die unter der Führung ihrer Bischöfe Motor

des Umbruchs war, werden wir in einem späteren Heft veröffentlichen.

Als Ferdinand Marcos 1965 zum Präsidenten der Philippinen gewählt worden war, erwartete man *durchgreifende soziale und wirtschaftliche Reformen* im Rahmen des von ihm propagierten „demokratischen Obrigkeitsstaates“. Bald zeigte sich jedoch, daß er die auf ihn gesetzten Hoffnungen kaum würde erfüllen können. Bereits Ende

der 60er Jahre verschlechterte sich die ökonomische Situation des Landes sogar derart, daß die extremistischen Bewegungen der Kommunisten wie der Muslime erheblichen Auftrieb bekamen. Marcos verhängte schließlich 1972, kurz vor Ende seiner regulären Amtszeit, das Kriegsrecht und errichtete mit Hilfe der Militärs eine Diktatur. Dies wurde von der Mehrheit der Bevölkerung auch begrüßt, hatte Marcos doch – wie man glaubte – das Land vor der Anarchie gerettet. Die militärische Stabilisierung der Lage ermöglichte zudem einen *Wirtschaftsaufschwung*, so daß die von ihm nun verkündete Idee einer „neuen philippinischen Gesellschaft“ als realisierbar erschien. Die ökonomischen Erfolge und der Ausbau des Sozialwesens ließen manchen Bürger über den Verlust politischer Freiheiten hinweggesehen.

Das schwere Erbe der Marcos-Diktatur

Doch schon nach wenigen Jahren begann eine tiefgreifende Rezession, die nicht nur durch die allgemeine Weltwirtschaftslage bedingt war, sondern auch durch Mängel der eigenen Politik. Ungeheure, durch Korruption begünstigte Fehlinvestitionen, die Vernachlässigung der Ressourcen des Landes und die Monopolisierung wichtiger Bereiche zugunsten von Angehörigen des Marcos-Clans haben die Wirtschaft auf den Stand von 1972 zurücksinken lassen. Die Auslandsverschuldung betrug Ende 1985 mit 26 Milliarden Dollar zwei Drittel des jährlichen Bruttosozialprodukts, die Inflationsrate liegt bei 20%, nachdem sie zeitweilig bis auf 50% gestiegen war. 15% der Filipinos sind arbeitslos, und weitere 25 bis 35% finden nur gelegentlich eine Beschäftigung.

Die Rezession, die seit längerer Zeit auch Teile des Mittelstandes erheblich bedroht, erwies sich als günstiger Nährboden für den politischen Extremismus. Zwar haben die muslimischen Rebellen in den letzten Jahren an Boden verloren, doch dafür verzeichnet die kommunistische Bewegung wachsenden Zulauf. Die 16 000 Soldaten der New People's Army, die vorwiegend auf Luzon und Samar sowie in Nord- und Ost-Mindanao operieren, kontrollieren nach US-Schätzungen bis zu 20% aller Dörfer. Die (unter Marcos verbotene) Kommunistische Partei der Philippinen konnte ihre Mitgliederzahl in den vergangenen fünf Jahren nach Schätzungen auf 20 000 steigern. Sie gewann zunehmend auch in städtischen Regionen an Einfluß, wobei sie geschickt die Folgen der Wirtschaftskrise und die allgemeine Unzufriedenheit mit der politischen Lage ausnutzte.

Noch verheerender als die wirtschaftlichen Mißstände war freilich der *Verfall der politischen Moral*. Mit der Verfassung von 1973 genehmigte sich Marcos eine fast unumschränkte Machtfülle, die er auch unter der 1981 errichteten „Präsidentschaftsdemokratie“ beibehielt. Mehr und mehr auf die Wahrung der eigenen Interessen bedacht, kontrollierte er mit Hilfe des ihm ergebenen Militärs und der von ihm begründeten „Bewegung für eine neue Ge-

sellschaft“ das gesamte politische Leben. Zudem wurden bei der Vergabe von Ämtern in allererster Linie Angehörige des Marcos-Clans und deren getreue Gefolgsleute bevorzugt. Mißliebige politische Gegner waren vielfach schutzlos staatlicher Willkür ausgesetzt. Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren und Folterungen in den Gefängnissen waren bald an der Tagesordnung, und Tausende fielen den Übergriffen undisziplinierter, aber von höchster Stelle gedeckter Militärs zum Opfer, ganz zu schweigen von all jenen, die als Unschuldige in Kämpfen zwischen der Armee und Aufständischen ihr Leben lassen mußten. Den unrühmlichen Höhepunkt bildete im August 1983 die Ermordung *Benigno Aquinos*, deren mutmaßliche Hintermänner nach einem mehr als zweifelhaften Verfahren im Dezember 1984 freigesprochen wurden.

Die wachsende wirtschaftliche und politische Destabilisierung der Philippinen zehrte nicht nur an Marcos' einstiger Popularität, sie beunruhigte auch seit langem die USA. Diese sahen ihre ökonomischen Interessen gefährdet (über die Hälfte der ausländischen Investitionen stammt von amerikanischen Unternehmen), ja mehr noch ihr militärisches Engagement. Schließlich unterhalten die USA auf den Philippinen die weitaus bedeutendsten *Militärstützpunkte* des gesamten asiatischen Raumes, und sollten sie diese aus politischen Gründen aufgeben müssen, ließe sich schwerlich ein angemessener Ersatz innerhalb der Region finden.

Washington drängte Marcos deshalb immer wieder, die Lage durch demokratische Zugeständnisse zu entschärfen. Er selbst kam diesem Wunsch – wenngleich zögernd – durch die Abhaltung der Wahlen vom Februar 1986 entgegen, wobei er offensichtlich hoffte, seine Position durch einen Sieg zu stärken. Um seine Chancen zu steigern, griff er dabei auf ein – leider – probates Mittel philippinischer Politik zurück: er ließ Wähler bestechen oder einschüchtern, Wahllisten fälschen und die Stimmenausschüttung manipulieren. Dies erwies sich allerdings für ihn als verhängnisvoller Fehler, zumal es ihm trotz aller Betrügereien nur mühsam gelang, sich als Wahlsieger zu präsentieren. Die Wahlumstände deckten schonungslos sein moralisch verwerfliches Handeln auf, und als sich die Mehrheit des Militärs auf die Seite des gewaltlosen Widerstands der Bevölkerung stellte, blieb ihm am 25. 2. 86 nur die schimpfliche Flucht in das von den USA angebotene Exil.

Die moralische Alternative: Maria Corazon Aquino

Zunächst hatte es den Anschein, als könne die Opposition wieder einmal nur einen Achtungserfolg erzielen, da es ihr an der notwendigen Geschlossenheit mangelte. Lange war ungewiß, ob man sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen würde. Die Kommunisten sowie Gruppierungen der extremeren Linken riefen zum Boykott der – wie sie es nannten – „Wahlfarce“ auf.

Ansprüche auf die Präsidentschaftskandidatur machte vor allem *Salvador Laurel* geltend, der Führer der „Vereinigten Demokratischen Nationalen Organisation“ (Unido). Die Unido, ein Zusammenschluß eher konservativer Parteien, war bei den Parlamentswahlen von 1984 nicht zuletzt dank der Unterstützung durch Frau Aquino zur stärksten Oppositionskraft aufgestiegen, und Laurel hatte schon damals Ambitionen auf das Amt des Präsidenten erkennen lassen (vgl. HK, August 1984, 387 ff). Allerdings konnte er sich nur bedingt Chancen auf einen Wahlerfolg ausrechnen, zumal er – wie andere führende Vertreter der Unido – wegen seiner ehemals guten Beziehungen zu Marcos keineswegs unumstritten ist.

Die gemäßigte Linke war nicht bereit, der Unido kampflös das Feld zu überlassen. Durch ein Bündnis der demokratischen Partei und der 1978 von Benigno Aquino gegründeten „Laban“ („Nationale Kraft“) gestärkt, besaß sie zudem in Frau Aquino eine Persönlichkeit, die auf Grund ihrer charakterlichen Integrität weit eher für das höchste Staatsamt geeignet schien. Die Gespräche mit der Unido zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten scheiterten zunächst an der unbeugsamen Haltung Laurels. Dank intensiver Vermittlertätigkeit besonders von Kardinal *Jaime L. Sin* gelang es jedoch letztlich, eine Einigung zu erzielen, wobei sich Laurel bereit erklärte, an der Seite Frau Aquinos für das Amt des Vizepräsidenten zu kandidieren.

Frau Aquino, 1933 geboren, entstammt – wie ihr ermordeter Mann – der reichen Oberschicht. An renommierten katholischen Schulen der USA erzogen, widmete sie sich nach ihrer Heirat (1956) einzig ihren Pflichten als Mutter und Hausfrau, ohne politisch in Erscheinung zu treten. Erst der gewaltsame Tod Benigno Aquinos ließ sie 1983 in das Rampenlicht der Öffentlichkeit rücken, wobei sie es aber bewußt vermied, sich allzusehr in die politischen Interessen ihrer Verwandten einspannen zu lassen. Dies zeigten auch die Wahlen von 1984, als sie sich gegen einen Boykott wandte und offen ihre Sympathien für die Unido zu erkennen gab.

Maria Corazon Aquino gewann vor allem dadurch das Vertrauen breiter Volksschichten, daß sie nicht etwa einen persönlichen Rachezug gegen Marcos bestritt, sondern von Beginn an gezielt für eine Erneuerung der philippinischen Gesellschaft in einer „Ära nach Marcos“ eintrat. Der ihr vielfach unterstellte Mangel an politischer Erfahrung wurde durch persönliche Glaubwürdigkeit ausgeglichen. So wurde sie zu einer echten „moralischen Alternative“ zu Marcos, der zuletzt einem alternenden, von Krankheit gezeichneten Taktiker glich, der sich um jeden Preis an die Macht klammerte.

Entscheidend für den Sieg der von Frau Aquino geführten Bewegung war letztlich die Unterstützung durch die katholische Kirche. Diese fand angesichts der politischen und sozialen Spannungen der letzten Zeit zu einer Einheit, wie sie noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Die Mehrheit der Bischöfe hatte die Marcos-

Diktatur anfangs als das kleinere Übel betrachtet, ja streng konservative Kirchenobere sahen in Marcos den Retter vor der kommunistischen Gefahr, während eine kleinere Gruppe „progressiver“ Bischöfe frühzeitig auch vor der Möglichkeit gesellschaftlicher Fehlentwicklungen warnte.

Entschlossene Haltung der Kirche

Ab Mitte der siebziger Jahre gingen die meisten Bischöfe zunehmend auf *Distanz zu Marcos*, an ihrer Spitze Kardinal Sin, der mit regelmäßiger Selbstverständlichkeit insbesondere die Menschenrechtsverletzungen anprangerte. Er befürwortete damals eine „kritische Zusammenarbeit“ mit dem Regime, um einerseits die Spannungen zwischen Kirche und Staat zu begrenzen und andererseits – mit Rücksicht auf konservative Kirchenkreise – die Gefahr einer Spaltung der Kirche zu bannen. Aber auch er konnte nicht verhindern, daß die *Differenzen innerhalb des Klerus* (auch innerhalb der Bischofskonferenz) zeitweise bedrohliche Ausmaße annahmen. Vor allem die – anfänglich kleinere – Schicht von Priestern und Ordensleuten, die sich offen gegen politische und soziale Ungerechtigkeit zur Wehr setzte, beklagte gelegentlich die mangelnde Unterstützung durch die Kirchenführung. Anhänger einer extremen philippinischen Variante von „Befreiungstheologie“, die 1972 die „Kirche für nationale Befreiung“ gegründet hatten, schlossen sich schließlich dem Dachverband kommunistisch gesteuerter Organisationen „Neue Demokratische Front“ an. Etwa 10 bis 15 Priester und Ordensleute befanden sich bisher in den Reihen der NPA (UCA News, 14. 8. 85).

Marcos nahm dies zum Anlaß, die Kirche immer heftiger der kommunistischen Unterwanderung zu beschuldigen. Es häuften sich Übergriffe gegen kirchliche Mitarbeiter und Einrichtungen, und allein 1985 fielen mindestens drei Priester sowie 30 andere Kirchenmitarbeiter Gewalttaten zum Opfer (UCA News, 24. 12. 85). Nachdem die zunächst eher verhaltenen Appelle an Marcos wenig Wirkung gezeigt hatten, fand die Kirche insbesondere nach dem Mord an Aquino nicht nur zu einer entschiedeneren, sondern auch geschlosseneren Haltung zurück, die letztlich den politischen Umschwung maßgeblich beeinflusste.

Am 25. Januar 1986 verabschiedete die Bischofskonferenz einmütig (bei nur wenigen Enthaltungen) einen Hirtenbrief, in dem sie betonte: „Diese Wahlen können zu einem großen Ärgernis für Gott und zu einem nationalen Skandal geraten, oder sie können Anlaß sein zur Umkehr und zu nationaler Erneuerung“ (UCA News, 29. 1. 86). Sie warnte Marcos eindringlich – ohne ihn direkt zu nennen – vor einer Verfälschung des Wählerwillens, und zugleich ließ die Mehrheit der Bischöfe deutlich durchblicken, daß sie einen Wahlsieg Frau Aquinos wünschte. Zur Verhinderung von Manipulationen unterstützte die Kirche ausdrücklich die „Nationale Bewegung für freie

Wahlen“ (Namfrel). Diese erstmals 1952 tätige Organisation war 1984 durch den Geschäftsmann *José Concepción* wiederbelebt worden. Seinen Wahlhelfern war damals wesentlich zu verdanken, daß sich die Wahlfälschungen in Grenzen hielten.

Auch jetzt standen ihm 500 000 freiwillige Mitarbeiter zur Seite, darunter Tausende von Priestern und Nonnen, Kleriker stellten allein 20% der Kräfte des Führungsstabes (UCA News, 12. 2. 86). Sie alle bemühten sich um einen regulären Wahlverlauf, nachdem die Regierung sie notgedrungen als offizielle Beobachter akkreditiert hatte. Nach Kräften versuchten sie – wenngleich oft vergeblich – ihrer Aufgabe gerecht zu werden, wobei jedoch einzuschränken ist, daß auch Namfrel nicht als gänzlich unparteiisch gelten konnte. Den Helfern war ein deutliches Engagement für Frau Aquino anzumerken, und die brisante Wahlatmosphäre verleitete wohl auch dazu, einige Zwischenfälle weit über Gebühr aufzubauschen. Dennoch wird man Namfrel keineswegs Manipulationen in jenem Ausmaß unterstellen können, wie sie auf der Gegenseite vorkamen. Das von ihr festgestellte Wahlergebnis wird zudem durch eine CIA-Analyse gestützt, der zufolge Frau Aquino bei korrekter Durchführung der Wahl 58% der Stimmen erhalten hätte (Far Eastern Economic Review, 27. 2. 86).

Als die erschreckenden Dimensionen des Wahlbetrugs offenkundig wurden und sich Marcos ungeachtet aller in- und ausländischen Proteste zum Sieger proklamieren ließ, war es wiederum die *Kirchenführung*, die sich zum Sprachrohr der moralischen Entrüstung machte. In einer Erklärung vom 13. Februar verurteilte die Bischofskonferenz die Wahlfälschungen mit aller Entschiedenheit und sprach jeglicher Regierung, die sich ihrer zur Machterhaltung bediene, die moralische Legitimation ab: „Moralischen Prinzipien gemäß besitzt eine Regierung, die durch betrügerische Mittel die Macht an sich reißt oder behält, keine moralische Basis.“ Sei die Regierung nicht zur Wiedergutmachung bereit, habe das Volk die moralische Verpflichtung zu „aktivem Widerstand gegen das Böse mit friedlichen Mitteln – im Sinne Christi“ (UCA News, 19. 2. 86).

Vermeidung von Blutvergießen

Der Deklaration waren intensive Diskussionen vorausgegangen, da zwar über die Tatsache des Wahlbetrugs Einigkeit herrschte, nicht aber über die hieraus zu ziehenden Konsequenzen. Manche Bischöfe, darunter der Vorsitzende der Konferenz, Kardinal *Ricardo Vidal*, hätten die Kirche weiterhin lieber in einer Vermittlerrolle gesehen, und der Päpstliche Nuntius warnte (auf Anweisung Kardinal Casarolis) vor einem allzu forschen Vorgehen. Letztlich setzte sich aber die Fraktion um Kardinal Sin und Bischof *Francisco F. Claver* (Sekretär der Bischofskonferenz) durch.

Gleichwohl stellt die Erklärung insofern einen Kompro-

miß dar, als man erneut vermied, Marcos eindeutig zu nennen. Kardinal Vidal selbst gab in einem Interview für „Asia Week“ (3. 2. 86) zu verstehen, man habe durchaus nicht explizit zu zivilem Ungehorsam aufgerufen, Bischof Claver machte dagegen seinerseits deutlich, die Äußerungen des Dokuments hätten den Aufruf zum gewaltlosen Widerstand ausdrücklich impliziert.

Im gesamten Geschehen wurde dabei mehrmals sichtbar, daß der Papst und die Kurie dem Vorgehen der philippinischen Bischöfe und insbesondere Kardinal Sin nur mit äußerster Zurückhaltung folgten. Dieser ließ seinerseits mehrmals erkennen, daß es mit Rom trotz formaler nachträglicher Billigung kein volles Einverständnis gab, so als er (vgl. UCA News, 26. 2. 86) offen das Verhalten des Nuntius kritisierte und als er dann später nach einem Gespräch mit dem Papst (vgl. Corriere della sera, 7. 3. 86) sich und den philippinischen Episkopat mit der Bemerkung rechtfertigte, man habe vor allem Blutvergießen vermeiden wollen, und im übrigen habe man nur konsequent das Subsidiaritätsprinzip angewandt: wo die Lokalkirche sich klar äußern könne, ziehe es Rom vor, zu schweigen.

Die Erklärung der Bischöfe zeigt, daß im entscheidenden Moment der Wille zur Einheit stärker war als das Beharren auf eigenen politischen Positionen. Von den 53 anwesenden Oberhirten (die übrigen wurden im Verlauf der Tagung konsultiert) stimmten 49 für die Annahme des Dokuments, drei enthielten sich der Stimme und einer verließ den Saal vor Beginn der Abstimmung (nach Le Monde, 19. 2. 68). Durch die Erklärung der Bischöfe war die Bevölkerung nicht nur zum zivilen Ungehorsam moralisch legitimiert, es wurden insbesondere auch all jene kirchlichen Mitarbeiter in ihrem Engagement bestätigt, die sich an der Organisation des gewaltlosen Protestes beteiligten und zugleich Blutvergießen verhindern halfen. Eine bedeutsame Rolle fiel hierbei dem Kirchsender „Radio Veritas“ zu, der ohnehin seit Jahren als fast einzige Rundfunkstation um objektive Berichterstattung bemüht war und sich jetzt voll und ganz in den Dienst der „gerechten Sache“ stellte.

Die derart gestärkte Welle des Protestes ermöglichte schließlich Teilen des Militärs, am 22. Februar den offenen Aufstand gegen Marcos zu wagen. Als Kardinal Sin am 23. Februar die Bevölkerung auch ausdrücklich zu zivilem Ungehorsam aufrief, waren es wiederum Priester und Nonnen, die an der Spitze der „menschlichen Barrikaden“ die rebellierenden Militärs schützten und den Mut der Menschen stärkten. Die entscheidende Rolle der Kirche bestätigte Verteidigungsminister *Juan Ponce Enrile*, der in einem Interview der „Zeit“ (7. 3. 86) erklärte: „Die Kirche war entschlossen, die Freiheit unseres Volkes zu schützen. Ohne den Einfluß der Kirchenführer hätten wir es nicht geschafft. Sie haben in den entscheidenden Stunden die Einheit zwischen den militärischen Reformisten und dem Volk geschmiedet; unsere Waffen bestanden zu diesem Zeitpunkt aus einer Mischung von Gewehren, Rosenkränzen und Gebeten.“

Frau Aquino ist sich durchaus der Tatsache bewußt, daß sie ihren Sieg keineswegs allein ihrem Charisma verdankt, das die Mehrheit der Bevölkerung bewog, sich aufopferungsvoll an ihre Seite zu stellen. Ihre derzeitige Macht beruht vielmehr wesentlich auf der Unterstützung durch die weitgespannte Koalition jener Kräfte, die seit langem auf den Sturz der Diktatur hinarbeiteten: die gemäßigte, von der Geschäftswelt getragene bisherige politische Opposition, die Kirche und die Reformbewegung innerhalb des Militärs. Letztere, der nach eigenen Angaben 70% der jüngeren Offiziere angehören, war erstmals im Frühjahr 1985 an die Öffentlichkeit getreten. Eine Interessensvereinigung ohne allzu feste Organisation, forderte sie eine *Entpolitisierung der Streitkräfte*, damit sich diese wieder stärker auf die rein militärische Bekämpfung des Extremismus konzentrieren könnten. Hierbei war sie sich der Sympathien des stellvertretenden Stabschefs, General *Fidel Ramos*, sicher, der bereits seit Jahren eine durchgreifende Reform und Straffung des Militärapparates verlangte. Im Vorfeld der Wahl wahrten die Reformisten politische Neutralität und bemühten sich – teilweise in Zusammenarbeit mit kirchlichen Stellen – um einen fairen Ablauf des Wahlgeschehens.

Das Bündnis der Cory Aquino stützenden Gruppierungen entstand hauptsächlich aus der Gegnerschaft zu Marcos. Es wird deshalb nicht leicht sein, angesichts ihrer ansonsten z. T. recht divergierenden Interessen eine Regierungspolitik auf breiter Basis zu betreiben. Diese ist aber notwendig, will man das Ziel einer nationalen Versöhnung erreichen, die auch den Ausgleich mit der großen Schar der Marcos-Sympathisanten beinhalten muß.

Schwieriger Neubeginn

Wie schwierig die Gratwanderung ist, zeigte bereits die *Bildung einer provisorischen Regierung*. Sie trug Frau Aquino von verschiedener Seite Kritik ein. Vorläufiger Premier- und zugleich Außenminister wurde Laurel. Trotz seiner relativen Machtfülle zeigte er sich etwas verärgert darüber, daß die Unido nur zwei weitere Ministerien erhielt. Die Mehrheit der Minister stellen dagegen Repräsentanten der Geschäftswelt und der altgedienten Oppositionsgarde der gemäßigten Linken. Zudem wurden einige ehemalige Marcos-Vertraute ebenfalls in das Kabinett aufgenommen, darunter auch der nach wie vor umstrittene Verteidigungsminister. Enrile hatte Marcos in der Zeit des Kriegsrechts als oberster Militärverwalter gedient, später aber versucht, selbst Ansprüche auf das Amt des Präsidenten geltend zu machen, was zu Differenzen mit Marcos führte. Nicht jeder Filipino vermag in ihm einen aufrechten Demokraten zu sehen.

Das Angebot Frau Aquinos zur friedlichen Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen wurde im übrigen vielfach eher mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Mehrzahl der Marcos-Anhänger scheint derzeit nicht zur Kooperation bereit, obgleich zugesichert wurde, man werde höchstens in

Ausnahmefällen Verfehlungen unter der Marcos-Diktatur rechtlich ahnden.

Die *extreme Linke*, die keinen aktiven Anteil am politischen Umschwung hatte, hat zwar eine gewisse Bereitschaft zur Unterstützung der neuen Präsidentin bekundet, doch dürften ihr die geplanten Reformen kaum weit genug gehen. Die Aussichten für eine Aussöhnung mit der kommunistischen Bewegung – falls diese die Waffen niederlegt – sind darüber hinaus recht gering, zumal ihre Vertreter deutlich machten, daß sie auch in Zukunft das Ziel einer „wahren Volksdemokratie“ verfolgen wollen. Ähnlich äußerte sich ein Repräsentant der „Kirche für nationale Befreiung“: man hoffe auf ein verbessertes politisches Klima, werde aber dennoch nicht den Kampf gegen volksfeindliche hierarchische Strukturen aufgeben (*Far Eastern Economic Review*, 27. 2. 86). Sollte eine friedliche Lösung des kommunistischen Problems je möglich werden, würde sich immer noch die Frage stellen, ob sie die Zustimmung des Militärs fände. Die Kontroverse um die Freilassung von vier kommunistischen Führern kurz nach der Vereidigung von Corazon Aquino zeigte jedenfalls, daß die Streitkräfte auf diesem Gebiet nur schwer zu Zugeständnissen bereit sind.

Angesichts all dieser Hindernisse nehmen die *Grundzüge der angestrebten Reformpolitik* erst allmählich Gestalt an. Nach der Auflösung des Parlaments muß zunächst eine neue Verfassung ausgearbeitet werden, auf deren Grundlage Kommunal- und Landeswahlen stattfinden können. Zudem wurden Gremien eingesetzt, die Vorschläge zur Reform von Bürokratie und Militär unterbreiten sollen, nachdem bisher nur die wichtigsten Positionen umbesetzt wurden. Im Bereich der Wirtschaft ist die Aufhebung von Staatsmonopolen und die Reduzierung der Abhängigkeit vom Ausland beabsichtigt, doch stehen detailliertere Programme zur Behebung des Hauptproblems – der Armut breiter Bevölkerungsschichten – noch aus. Außenpolitisch werden die Philippinen sich wohl weiterhin eng an die USA anlehnen, doch möchte man über die amerikanischen Militärbasen nach Ablauf der bis 1991 gültigen Verträge neu verhandeln.

Präsidentin Aquino wird bei der Durchsetzung ihrer Politik von einer Reihe fähiger Berater unterstützt, die man gelegentlich etwas anzüglich als „Jesuiten-Mafia“ bezeichnet, da es sich bei ihnen fast ausnahmslos um Repräsentanten bzw. Absolventen der altehrwürdigen, von Jesuiten geleiteten Ateneo-Universität handelt. Ob sie und ihre Mitarbeiter das Ziel einer nationalen Versöhnung, flankiert durch spürbare Sozialreformen, erreichen, hängt letztlich nicht nur vom guten Willen und den Fachkenntnissen der Berater ab, sondern letztlich von der Bereitschaft aller gesellschaftlichen Gruppen zur Zusammenarbeit. Kardinal Sin äußerte sich deshalb auch eher zurückhaltend optimistisch, als er den politischen Umschwung mit den Worten kommentierte: „Unsere lange Reise durch die Tiefe der Nacht ist zu Ende, und wir Filipinos sehen das Anbrechen eines neuen Tages.“

Peter Drews